

# Deutsch-Chinesische Nachrichten

Einzige Tageszeitung  
deutscher Sprache in Ostasien

德華日報  
Eingetragen als Zeitung  
auf dem Chines. Postamt.

Motto:  
Ohne Rücksicht auf Parteien  
Treu der alten Heimat und der neuen.

3. Jahrgang

Tientsin, Dienstag, den 20. September 1932.

Nummer 603

## Der Wortbruch der Sieger

London den 18. September (Havas) Der Präsident der Abrüstungskonferenz, Henderson, ist zusammen mit Lord Cecil nach Genf abgereist.

Vor seiner Abreise erklärte er den Presse-Vertretern, dass das Gesuch Deutschlands sofort geprüft werden solle, dass er sich aber über den Ausgang der Verhandlungen nicht beunruhigt fühle, da Deutschland die Tür für weitere Unterredungen nicht hinter sich geschlossen habe. Wenn der Konferenz auch grosse Schwierigkeiten bevorständen, so hoffe er doch die Fragen der allgemeinen Abrüstung und Sicherheit befriedigend lösen zu können. Die Konferenz wird alles tun, die Welt auf den Weg der Sicherheit zu leiten.

Paris, den 18. September (Havas) Vor dem Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten behandelte Herriot gestern den französischen Standpunkt zu der Forderung Deutschlands auf Gleichberechtigung.

Dank den Anstrengungen der französischen Delegation sei der Abrüstungskonferenz bisher ein Fehlschlag erspart geblieben.

Bezüglich der deutschen Forderung erklärte Herriot, dass Frankreich fest bleibe, und dass es sich zu dem Versailler Vertrag und den Völkerbundssatzungen bekenne.

Paris, den 18. September (Havas) Zum Schluss der Rede Herriots stellte der Abgeordnete Beringer die Frage, welche Mittel die Regierung anzuwenden gedenke um der „boshaften und geschickten“ deutschen Propaganda in der ganzen Welt gegen Frankreich Einhalt zu gebieten. Herriot antwortete hierauf, dass für Frankreich die Frage der Abrüstung mit der der Sicherheit unzertrennbar zusammenhänge.

Paris, den 18. September (Havas) „Le Temps“ schreibt zu dem Brief des deutschen Aussenministers an Henderson. „Die Bedeutung des Briefes liegt nicht so sehr in der Forderung auf militärische Gleichberechtigung als in dem Willen des deutschen Reiches wieder aufzurüsten.“

Dieser Wille kommt auch in den Erklärungen des deutschen Reichswehrministers und in der Note vom 29. August zum Ausdruck, in der Deutschland für sich das Recht in Anspruch nimmt, die Waffen, die ihm durch den Vertrag von Versaille verboten sind, wieder einzuführen und ausserdem das Recht auf eine allgemeine Dienstpflicht.

Deutschlands Absichten treten bereits in der Schaffung einer nationalen Organisation zur physischen Erziehung der Jugend zu Tage. Diese Absichten sind schwerlich mit dem Geist eines Friedensvertrages in Einklang zu bringen.

Weiter hat die deutsche Regierung dem Bau eines 10000 Tonnen Kreuzers angeordnet. Als die Frage der Seerüstung behandelt wurde, hat Reichskanzler Brüning den Bau zurückgestellt um die Ergebnisse der Abrüstungskonferenz abzuwarten. Die Regierung v. Papen und v. Schleicher schlägt anscheinend einen anderen Kurs ein.

All diese Tatsachen beweisen, dass in der Reichspolitik der Wille zur Aufrüstung vorherrscht, und dass die Anstrengungen, das Nachkriegs-Deutschland in einen Militärstaat zurückzuverwandeln fortgesetzt werden. Diese Bestrebungen müssen von allen andern Regierungen scharf überwacht werden.

Berlin, den 18. September (Havas) In amtlichen Kreisen wird erklärt, dass der projektierte Bau des neuen gepanzerten Kreuzers nicht mit der Reorganisation der Reichswehr in Verbindung steht und auch nichts mit der Nichtteilnahme des Reiches an der Abrüstungskonferenz zu tun hat.

London, den 18. September (Reuter) In offiziellen britischen Kreisen wird die Zurückziehung Deutschlands von der Abrüstungskonferenz energisch abgelehnt, da sie ein solches Vergehen angesichts der finanziellen Zugeständnisse, die Deutschland kürzlich von seinen Gläubigern gewährt wurden, als unklug bezeichnet.

Grossbritannien verwirft die Ansicht, dass ein eventueller Abrüstungsvertrag die Annullierung des Absatzes 5 des Friedensvertrages bedeuten könne.

Genf, den 18. September (Reuter) Man ist geteilter Meinung darüber, ob das Büro der Abrüstungskonferenz, das am nächsten Mittwoch zur Sitzung zusammentritt, in Abwesenheit Deutschlands weiter tagen wird. Man nimmt an, dass Italien und Russland eine Verschiebung

der Konferenz beantragen werden, bis die schwebenden Fragen mit Deutschland geregelt sind.

Berlin, den 19. September (Havas) Die Erklärungen des französischen Erstministers haben in Deutschland grosse Unzufriedenheit erweckt. In der Berliner Presse hat die Rede Herriots einen Sturm der Entrüstung ausgelöst.

Das „Berliner Tageblatt“ schreibt, dass diese Erklärungen in empörendem Gegensatz stehen zu den Versicherungen, die der französische Erstminister dem deutschen Botschafter Herrn von Hösch gegeben hat. Die aggressive Art, in der sich der Vertreter Frankreichs gestern ausliess, trägt nicht dazu bei, die Verhandlungen zu erleichtern.

Berlin, den 19. September (Havas) Am Sonntagmorgen ist in Berlin die Antwort der britischen Regierung auf die Deutsche Forderung überreicht worden. Der Inhalt ist kurz folgender. „Der Notenwechsel zwischen der französischen und deutschen Regierung und die Erklärung des deutschen Vertreters in Genf, dass Deutschlands Forderung sofort anerkannt werden müssen, wenn man überhaupt noch Wert auf die Mitarbeit Deutschlands lege, werfe Fragen grosser Bedeutung auf. Die englische Regierung und das englische Volk sehen ihre Aufgabe darin zwischen den Parteien zu vermitteln.“

S. M. Regierung bedauert, dass eine politische Kontroverse solchen Ausmasses in einem Augenblicke eingetreten ist, wo alle Energien auf die wirtschaftliche Gesundung der Welt konzentriert werden sollten. Wenn auch zugegeben werden soll, dass die Forderung auf Gleichberechtigung in der Rüstung vor Abschluss der Konferenzarbeiten erhoben werden sollte, so ist es doch nicht recht, sie jetzt in den Vordergrund zu stellen.

Deutschland leidet unter der wirtschaftlichen Depression, und die Unterzeichner des Versailler Vertrages erkennen diese Tatsache voll an. Sie sind auch bereit die Frage zu prüfen und Deutschlands finanzielle Verpflichtungen gegebenenfalls zu revidieren.

Die erhobenen politischen Forderungen scheinen zu einer Zeit wirtschaftlicher Schwierigkeiten nicht angebracht zu sein, besonders jetzt nicht, wo dem Reich von seinen Gläubigern erhebliche Zugeständnisse gemacht worden sind.

Die Englische Regierung hofft zuversichtlich, dass das Reich dem wirtschaftlichen Wiederaufbau keine Hindernisse in den Weg legen wird.

Betreffs der deutschen Forderung auf Gleichberechtigung in der Rüstung ist die Englische Regierung der Ansicht, dass Deutschland diese Forderungen näher bezeichnen möge und zunächst einmal angeben solle, welche Bestimmungen des Versailler Vertrages davon betroffen werden.

England kann weder eine Missachtung bestehender Verträge zulassen noch dazu ermuntern, und es ist der Ansicht, dass man unmöglich annehmen könne, Deutschland könne den eigentlichen Vertrag nicht korrekt und juristisch deuten, indem es die Annullierung des Absatzes 5 beantrage, was gleichermassen zu einer Annullierung aller Rüstungsabkommen führen könne, bezw. zur Unmöglichkeit solche abzuschliessen. In der Einleitung zu dem Kapitel 5 heisst es, dass Deutschland die Bedingungen auferlegt sind, „um eine allgemeine Einschränkung der Rüstungen aller Länder wirklich durchführen zu können.“

Eine Ansicht betreffs gewisser Abänderungen zu äussern ist grundverschieden von der Absicht die eigenen Ansichten in die Tat umzusetzen. Ferner ist es juristisch falsch, den Versailler Vertrag dahingehend auszulegen, dass die allgemeinen Rüstungsbeschränkungen den Deutschland auferlegten Einschränkungen gleich kommen müssen.

Die englische Regierung sieht jedoch in der deutschen Note eine Forderung auf Ausgleich, gemäss der der deutschen Abrüstung eine allgemeine Einschränkung aller Rüstungen folgen solle.

Dieses wird von England nicht angefochten, das alles getan hat, um in der Rüstungsfrage einen Ausgleich zu schaffen.

Die Regierung des Vereinigten Königreichs hofft daher, dass trotz aller Schwierigkeiten in Genf der Anfang zu einer Abrüstung in grossem Masstabe gemacht wird. Dies Ziel kann nur in gemeinsamer Arbeit erreicht werden.

Es muss das Bestreben sein, für bewaffnete Mächte eine Rüstungseinschränkung zu erreichen und schwach bewaffnete Mächte an einer Aufrüstung zu hindern.

Es wäre doch seltsam, wenn auf der ersten Abrüstungskonferenz eine Aufrüstung erzielt würde.

Jeder Staat sollte Abrüstungen zugestehen, sodass auf diese Weise ein Ausgleich erreicht wird.

London, den 19. September (Havas) In politischen Kreisen Englands ist man der Ansicht, dass die britische Note Deutschland vor die Entscheidung stellt, ob es ernstlich gewillt ist, an der Aufgabe einer allgemeinen Abrüstung mitzuarbeiten oder ob es nur darauf abzielt, selber aufzurüsten.

Berlin, den 19. September (Havas) Der volle Text der englischen Note ist der Presse noch nicht bekannt gegeben sondern ist nur auszugsweise durch ein Telegramm aus London bekannt geworden. Der Inhalt hat hier grossen Eindruck gemacht.

In den letzten Tagen hat die Presse die Leser zu überzeugen versucht, dass England den deutschen Forderungen günstig gegenüber stände. Der Text der Note hat die Öffentlichkeit grausam in die Wirklichkeit zurückgerufen und zeigt ihr, dass die Reichsregierung in eine Sackgasse geraten ist.

Die nationalistische Presse protestiert scharf gegen den feindseligen Ton und fordert die Regierung auf, die Vorschläge zurückzuweisen.

Der „Montag“ äussert sich unzufrieden mit dem Schulmeisterston der Note und wirft England vor, dass es ein unbewaffnetes Deutschland wünsche, während es seine Verpflichtung abzurüsten, ableugnet.

Weiter schreibt die Zeitung, dass die Volksmeinung in England nicht mit der Regierung in dieser Beziehung einig gehe.

Das Reich dürfe jedenfalls keinem Kompromiss auf der Basis der englischen Note zustimmen, und könne auch nicht an irgendwelchen neuen Verhandlungen teilnehmen, bevor nicht in der Rüstungsfrage eine Gleichberechtigung für Deutschland erreicht sei.

Berlin, 18. September (T.O.A.) Der „Börsenkurier“, der am letzten Sonntag in einem interessanten Artikel mitteilte, dass Mussolini den Antrag Deutschlands auf Gleichberechtigung in der Rüstungsfrage unterstütze, veröffentlichte heute einen aufsehenerregenden Artikel über die Signatur Lloyd Georges, worin die politisch hochinteressante Tatsache bekanntgegeben wird, dass der verstorbene Clemenceau auf Ersuchen seiner Kollegen in Versailles Lloyd George, Wilson und Orlando einen Brief schrieb, worin er schwarz auf weiss festlegte, dass Deutschlands Abrüstung als erster Schritt zu einer allgemeinen Rüstungseinschränkung angesehen werden solle. Lloyd George erklärt, dass derselbe Gesichtspunkt in dem Vertrag zur Gründung des Völkerbundes zum Ausdruck komme, der von jeder Signatarmacht des Versailler Vertrages unterschrieben und ratifiziert worden ist.

„Als einer der beiden Ueberlebenden zögere ich nicht, mich mit dem deutschen Standpunkt identisch zu erklären, nämlich, dass die Sieger in schamloser Weise ihr Ehrenwort in der Rüstungsfrage gebrochen haben“, sagt Lloyd George und er fährt fort, dass die deutsche Auflehnung, gegen diesen Treubruch nicht die Folge einer plötzlichen Explosion nationaler Leidenschaften ist, welche von einer skrupellosen Agitation und einem boshaften Militarismus geschürt wurden. Die Staatsmänner des deutschen Reiches haben in den ganzen dreizehn Jahren ein Mass von Geduld, Mässigung und Zurückhaltung bewiesen, die einer grossen Nation, wie sie sie vertreten, würdig sind.